

Landeshauptstadt Magdeburg - Der Oberbürgermeister -		Datum 18.12.2017
Dezernat I	Amt Amt 31	Öffentlichkeitsstatus öffentlich

I N F O R M A T I O N

I0365/17

Beratung	Tag	Behandlung
Der Oberbürgermeister	09.01.2018	nicht öffentlich
Ausschuss für Umwelt und Energie	13.02.2018	öffentlich
Stadtrat	22.02.2018	öffentlich

Thema: Konzept Ersatzpflanzungen

Sachstand Konzept Ersatzpflanzungen in Rothensee
Beschluss-Nr. 1375-040(VI)17

Der EB SFM hat im Jahr 2017 unter Beachtung der Restriktionen der Quarantänezone (ALB-Käfer) 105 Bäume gepflanzt bzw. zur Pflanzung bereitgestellt. (Quelle: S0302/17). Die Pflanzungen erfolgten auf der Grundlage eines zwischen dem Stadtplanungsamt (Auftraggeber), dem EB SFM und der unteren Naturschutzbehörde abgestimmten Konzeptes. Somit sind jetzt in der Ortslage Rothensee die verfügbaren städtischen Flächen nach Maßgabe der Quarantänezone und des Leitungsbestandes bepflanzt.

Allen privaten Eigentümerinnen und Eigentümern von Grundstücken, auf denen Bäume im Zuge der Bekämpfung des ALB-Käfers gefällt werden mussten, wurde seitens der Stadt Unterstützung angeboten. Die Betroffenen hatten die Möglichkeit, aus einem Katalog geeignete Gehölze für Ersatzpflanzungen auszuwählen. Von 30 Eigentümerinnen und Eigentümern nutzten 11 dieses Angebot. Die Pflanzware wurde im November übergeben. Somit ist der Stadtratsbeschluss zur Unterstützung der betroffenen Bürger umgesetzt.

Im Sommer wurde in einem Baum am Neustädter See nur wenige Meter neben einem Fundpunkt aus dem Jahr 2016 erneut ein Schadorganismus (Larvenstadium) gefunden. Dementsprechend endet die Quarantänezeit frühestens im Sommer 2021.

Nach derzeitiger Sachlage ist es erst kurz vor Ablauf der Quarantänezeit sinnvoll, ein Konzept für weitere Pflanzungen im Quarantänegebiet zu erarbeiten. Ziel sollte es dann sein, nach dem Ende der Restriktionen bezüglich der Artenauswahl wieder ein breiteres Sortiment, insbesondere auch an heimischen Gehölzen, zu etablieren.

Bezüglich der Neu- bzw. Wiederanpflanzungen wurde die Förderkulisse des Landes Sachsen-Anhalt bzw. der Europäischen Union betrachtet. Allerdings stellte sich heraus, dass es für eine derartige Situation keine Angebote gibt. Ein Handlungsbedarf in dieser Richtung besteht erst in den Jahren nach 2020. Zu diesem Zeitpunkt sollte erneut geprüft werden. Der Auftrag des A0086/16 ist umgesetzt.

Holger Platz